

ZENTRALAUSSCHUSS**BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT**für die Bundeslehrer an allgemeinbildenden Schulen,
Pädagogischen Akademien, Pädagogischen Instituten sowie
Bundeserzieher an Heimen für Schüler allgemeinbildender SchulenAn das
Präsidium
des Nationalrates
PARLAMENTDr. Karl Renner Ring 3
1010 Wien1010 Wien,
Herrengasse 14/3

0222/53 53 242

Betreff	GESETZENTWURF
Zl.	31. GE 9. P
Datum:	2. MZ. 1990
Verteilt.	S. h. P. 0 fage

Wien, 29. März 1990

Betr.: GZ. 12.690/38-III/2/90Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schulorganisations-
gesetz und das Schulzeitgesetz 1985 geändert werden
(12.SchOG - Novelle).

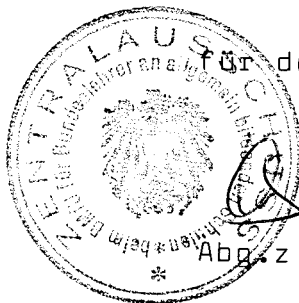
Sehr geehrte Damen und Herren!

Der fertigende Zentrallausschuß übermittelt in 25-facher Ausfertigung
seine Stellungnahme zu o.a. Gesetzesnovelle.

Mit dem Ausdruck der

vorzüglichen Hochachtung

Für den Zentrallausschuß:



Abg. z. NR Dr. Oskar MAYER

Vorsitzender

25 Beilagen

ZENTRALAUSSCHUSS

BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT

für die Bundeslehrer an allgemeinbildenden Schulen,
Pädagogischen Akademien, Pädagogischen Instituten sowie
Bundeserzieher an Heimen für Schüler allgemeinbildender Schulen

1010 Wien,
Herrengasse 14/3
0222/53 53 242

Betrifft: Stellungnahme des Zentralausschusses AHS
zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Schulorganisationsgesetz und das Schul-
zeitgesetz geändert werden

Bezug: BMUKS GZ. 12.690/38-III/2/90

Innerhalb offener Begutachtungsfrist gibt der Zentral-
ausschuß für Bundeslehrer an AHS zum Entwurf einer
12. SchOG-Novelle folgende Stellungnahme ab:

I. Zur Termingestaltung des Begutachtungs- verfahrens

Der Zentralausschuß stellt einleitend fest, daß für die Begutachtung des vorliegenden Entwurfes einer 12. SchOG-Novelle eine sehr kurze Frist zur Verfügung steht. Diese Fristsetzung wird besonders deshalb als unzumutbar empfunden, weil es sich einerseits bei diesem Entwurf um eine besonders wichtige Materie handelt, die sehr sorgfältiger Beratung und Meinungsbildung bedarf, und weil andererseits auch weitere wichtige Gesetzesvorhaben in jüngster Zeit bereits überaus kurze und ungünstig situierte Begutachtungsfristen hatten.

II. Stellungnahme zu jenen Materien des Entwurfes, welche die AHS betreffen

1. Stellungnahme zu Artikel I, Ziffer 1 (betrifft § 8 a Abs. 1 SchOG - koedukativer Unterricht in Leibesübungen):

Die vorgesehene Gesetzesänderung im Hinblick auf die Möglichkeit, den Unterricht in Leibesübungen ohne Trennung der Geschlechter zu erteilen, findet keine Zustimmung des
gefertigten Zentralausschusses, solange folgende offenen

- 2 -

Fragen nicht geklärt sind:

- . Nach welchen Grundsätzen wird festgelegt, wann der Unterricht durch mehrere Lehrer erfolgt?
- . Wer setzt dies fest?
- . Unter welchen Umständen und für welchen Zeitraum kann der Unterricht koedukativ erfolgen?

Einer Zusammenlegung des Leibesübungs-Unterrichtes für Knaben und für Mädchen in einzelnen Klassen für ein ganzes Schuljahr kann keinesfalls zugestimmt werden. Für einige Zeit (z.B. für Tanzprojekte etc.) wäre eine Zusammenlegung aber sehr wohl möglich und auch sinnvoll.

Da die Erläuterungen zu dieser Bestimmung (Seite 2 der Erläuterungen zum Entwurf) aber darauf hinweisen, daß mit der geplanten Maßnahme Kosteneinsparungen verbunden sein könnten, wird ausdrücklich festgehalten, daß unter diesen Bedingungen dem Entwurf nicht zugestimmt wird.

2. Stellungnahme zu Artikel I, Ziffer 6 (betrifft § 43 Abs.2 SchOG - schulübergreifende Führung von Wahlpflichtgegenständen):

Die diesem Vorschlag zu Grunde liegende Absicht, "Minderheitenprogramme" im Bereiche der Wahlpflichtgegenstände zu ermöglichen (etwa selten unterrichtete Sprachen als zusätzliche Wahlpflichtgegenstände, selten gewählte Wahlpflichtgegenstände aus dem Bereich der erweiternden und vertiefenden WP), wird keineswegs verkannt. Aus der vorliegenden Textierung des Entwurfes geht jedoch zu wenig deutlich hervor, daß es sich hierbei nur um eine Ausnahmeregelung, gewissermaßen um die "ultima ratio" handeln kann.

Es ist auch nicht geklärt, unter welchen Umständen davon gesprochen werden kann, daß "sonst der betreffende Wahlpflichtgegenstand nicht geführt werden könnte". Dies wäre ja einerseits dadurch möglich, daß die betreffende Schule ihr Kontingent an Wahlpflichtgegenständen bereits zur Gänze ausgeschöpft hat; andererseits könnte auch der Fall eintreten, daß sich für einen bestimmten Wahlpflichtgegenstand nicht die erforderliche Anzahl von Interessenten gemeldet hat.

Aus der Perspektive dieser verschiedenen Möglichkeiten ergeben sich hinsichtlich der Berechnung der Wahlpflichtgegenstände und ihre Kontingentierung unter anderem folgende wichtige Fragen:

- . Kann das Kontingent der beiden betroffenen Schulen überschritten werden? Wie verhält es sich, wenn mehr als zwei Schulen beteiligt sind?

- 3 -

- . Können zusätzlich auf diese Weise zustandegекommene Kurse gewissermaßen aus einem "Landesausgleich" bestritten werden?
- . Welches Schulkontingent wird belastet?
- . Wie erfolgt das Angebot von "Minderheitenprogrammen" für andere Schulen? Wer bietet wann an?

Es muß im übrigen auch bedacht werden, daß eine solche Regelung nicht für ein Jahr, sondern - wie es insbesondere die Beispiele in den erläuternden Bemerkungen zur Vorlage nahelegen - auch für drei volle Jahre (z.B. Fremdsprache) Folgewirkungen für die beteiligten Schulen hat und für einen sehr langen Zeitraum das "Wahlpflichtkonto" einer Schule belasten könnte.

Angesichts dieser offenen Fragen und der zu erwartenden organisatorischen Probleme (Zusammensetzung der Klassenkonferenz etc.) keine derartige Regelung vorläufig zurückzustellen und die Möglichkeiten schulübergreifender Wahlpflichtkurse erst nach Vorliegen entsprechender Erfahrungen mit dem kompletten ersten Durchgang des Wahlpflichtsystems (Vollausbau erst in drei Jahren!) einer neuerlichen Prüfung zu unterziehen.

3. Stellungnahme zu Artikel I, Ziffer 17 (betrifft § 131 b - Schulversuche für ganztägige Schulformen) und zu Artikel IV (Rahmenbedingungen hierfür):

Die vorliegenden Bestimmungen zu Schulversuchen für ganztägige Schulformen werden in dieser Form vom gefertigten Zentralausschuß strikt abgelehnt, da sie noch erheblich unklarer und unbestimmter als der letzte Entwurf zur Regelung der Nachmittagsbetreuung sind.

Zunächst stellen sich folgende grundsätzliche Fragen:

- . Wie sehen die in Nachfolge der derzeitigen Schulversuchsmodelle zu erprobenden künftigen Versuchsmodelle konkret aus?
- . Was ist überhaupt der zu evaluierende Inhalt dieser Versuche?
- . Wie groß sind die Schülergruppen, wie ist die Tätigkeit im Betreuungsteil bewertet und abgegolten (Lehrverpflichtung, Einstufung etc.)? Wie ist die Dauer der Betreuungseinheiten bemessen?
- . Wie kommt man zu den in den Erläuterungen angeführten Kosten des Modells? Wie verteilt sich dieser Betrag auf

- 4 -

die einzelnen Schularten? Welche Veränderungen ergeben sich gegenüber dem derzeitigen Aufwand; tritt für die AHS eine Verschlechterung ein?

Im einzelnen wird auf folgendes hingewiesen:

1. Zunächst wird angemerkt, daß die Überschrift für diesen Abschnitt des Entwurfes falsch gewählt erscheint. Der Begriff "Schulform" ist unpassend, weil eine "Schulform" systematisch etwas gänzlich anderes ist. Der Terminus "ganztägig" stellt überdies ein Präjudiz in eine bestimmte Richtung dar. Die Überschrift wäre daher durch folgende Formulierung zu ersetzen: "Schulversuche für Formen der Nachmittagsbetreuung".
2. Die Stundendotzierung im vorgeschlagenen Modell ist nicht klar. Es fehlt gegenüber den derzeitigen Schulversuchen die "gelenkte Freizeit".
3. Die Formulierung "flexibles Modell" im Absatz 1 steht im Widerspruch zu Abs. 2, Z. 3, wo eine andere Organisationsform vorgesehen ist, die nicht mehr auf den einzelnen Schüler bezogen ist und daher nicht dem Anspruch der "Flexibilität" genügt.
4. Bei Abs. 2, Z. 3, erhebt sich die Frage, was der Begriff "auf Dauer" bedeutet: heißt das 1 Semester, 1 Schuljahr oder die Dauer der betreffenden Schulart? Müssen alle Schüler teilnehmen?
5. In Abs. 2, Z. 3, wird das eine der beiden derzeit erprobten Modelle (Ganztagsschule) dargestellt und übernommen, während es in diesem Katalog von Ziffer 1 bis Ziffer 6 des Entwurfes keine ausdrückliche Verankerung des anderen Modells (Tagesheimschule) gibt.
6. Die "individuelle Lernzeit", die in Abs. 2, Z. 2 genannt ist, wird grundsätzlich begrüßt, wäre aber in Hinblick auf Dauer und Wertigkeit näher zu determinieren.
7. Eine tageweise Anmeldung des Schülers, wie sie derzeit im Schulversuch Tagesheimschule vorgesehen ist, fehlt im Entwurf.
8. Zu Abs. 2, Z. 4 wird angemerkt, daß ein Lehrplan für eine individuelle Lernzeit wohl schwer vorstellbar ist. Die Absicherung der Personalkosten für die Privatschulen ist unerlässlich, müßte aber auf andere Weise erfolgen.
9. Nach welchen Grundsätzen erfolgt der Einsatz von Erziehern; wer kommt für die Kosten auf?
10. Abs. 2, Z. 6 (Standortwahl) ist extrem unbestimmt formuliert. Die Formulierung läuft im übrigen auf eine Diskriminierung jener Schüler hinaus, welche die Nachmittagsbetreuung nicht in Anspruch nehmen wollen. Diese Schüler müßten bei einem "zumutbaren Schulweg" in eine andere Schule ausweichen.

11. Ausmaß der Lehrverpflichtung und Einstufung der Tätigkeit in der Nachmittagsbetreuung sind unbestimmt. Es bestehen seitens des Zentralausschusses Befürchtungen im Hinblick auf dienst- und besoldungsrechtliche Verschlechterungen. Der Rekurs weiterer Abgeltungen auf das ohnedies bereits überstrapazierte Belohnungsbudget wird grundsätzlich abgelehnt.
12. Die Einschränkung auf die 1. bis 8. Schulstufe ist nicht akzeptabel, zumal die Schulversuche nicht an diese starre Obergrenze der 8. Schulstufe gebunden waren.
13. Die Zukunft der Betreuungsform "Tagesschulheim" wäre bei Realisierung des Modells in der vorgelegten Form völlig ungewiß. Diese Betreuungsform ist besonders für den Wiener Bereich sehr wichtig und auch beschäftigungsrelevant; ihr Wegfall würde - besonders im Zusammenhang mit dem Wegfall des Aufwertungsfaktors für Schulversuche gesehen - einen gefährlichen Beschäftigungseinbruch zur Folge haben.
14. Zu Absatz 3 des Entwurfes wird angemerkt, daß die Prozentklausel näher bestimmt werden muß, indem zwischen Klassen und Gruppen unterschieden wird. Dies ist im besonderen dort wichtig, wo die Klasse nicht als Gesamtheit betreut wird. Es können nicht jene Klassen, aus denen Betreuungsgruppen gebildet werden, für den Prozentsatz gerechnet werden, sondern es muß die Schülergruppe hiefür herangezogen werden.

Abschließend wird daher folgendes festgestellt:

Der vorliegende Entwurf eines Versuchsmodells zur Nachmittagsbetreuung stellt gegenüber dem letzten Entwurf geradezu noch eine weitere Verschlechterung dar. Wegen der zu befürchtenden dienst- und besoldungsrechtlichen sowie organisatorisch-strukturellen Verschlechterungen gegenüber der derzeitigen Situation, wegen des ungeheuren Ausmaßes an Unbestimmtheit und wegen der vielen vorhandenen Unklarheiten und offenen Fragen wird dieser Entwurf vom Zentralausschuß für Bundeslehrer an AHS rundweg abgelehnt.